

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 71 (1991)
Heft: 10

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wahlkampf der Rekorde

Von Wahlfieber kann wenige Wochen vor dem eidgenössischen Urnengang zur Erneuerung des Nationalrates, und in den meisten Kantonen auch des Ständerates, kaum gesprochen werden. Zwar sind die programmatischen Plattformen der Parteien erschienen, werden Wahlmanifestationen abgehalten und finden Podiumsgespräche von Kandidaten statt — wie üblich, aber mit noch sehr lauer Anteilnahme des breiten Publikums. Es fehlt auch nicht an brisanten Sachfragen, doch gerade bei Themen wie der europäischen Integration, der Suche nach einem Ausweg aus der finanzpolitischen Pattsituation, den nach wie vor hoch kotierten Umweltproblemen oder der Wohnungspolitik sind es weniger die Parteien und die etablierten Verbände als ad hoc-Koalitionen und Einzelkämpfer, die gelegentlich Akzente setzen.

Wahlstrategen sind sich bewusst, dass mit klaren Konturen, Abgrenzungen und Attacken auf den politischen Gegner oft mehr zu verlieren, als zu gewinnen ist. Vor allem die grossen Volksparteien mit ihrer heterogenen Wählerschaft beziehen daher breit abgestützte, ausgewogene Positionen und nehmen Unschärfen in Kauf. Polemische Töne sind lediglich dort angezeigt, wo es nichts zu verlieren gibt, dafür aber Unzufriedenheit und Oppositionslust ausgebeutet werden können. Der Verzicht der Umweltorganisationen auf eine Wiederholung der frag-

würdigen Tarifübung hat angezeigt, dass der Nutzen solcher Schwarz-Weiss-Malerei gering ist, wenn man die Chance bekommt, aktiv an der politischen Konsensfindung mitzuwirken.

Mit 2559 Kandidaten auf 248 Listen in den 21 Proporzkantonen können die Wahlstatistiker neue Rekordwerte notieren. Die Chancen, gewählt oder auch nur beachtet zu werden, nehmen bei derart inflationärem Angebot ab. An «Unterhaltungswert» gewinnen die Wahlen ebenfalls nicht, im Gegenteil. Bei stets zunehmendem Aufwand an blosser Wahlwerbung dürften Unlustgefühle und Ermüdungserscheinungen sich eher negativ auf die Wahlbeteiligung auswirken. Schwerer wiegt jedoch, dass die überbordende Vielfalt und Zersplitterung ein illusionäres Verständnis des Parlamentes verrät, das die Funktion der organisierten Willensbildung gegenüber dem Gedanken möglichst vielfältiger Repräsentation in den Hintergrund treten lässt. Ob sich darin ein Missbehagen gegenüber den Parteien manifestiert oder ob lediglich die Einladung des geltenden Wahlrechts zur individuellen Einflussnahme zugunsten einzelner Kandidaten genutzt wird, mag offen bleiben. Wesentlich ist, dass die Individualisierung des Parlamentsbetriebs zwar den Bedürfnissen der Medien — und ihrer Konsumenten — nach Personalisierung entgegenkommt, die Handlungsfähigkeit der Institution aber gewiss nicht stärkt.

Es überrascht nicht, dass angesichts dieser Perspektiven die Idee einer verbindlicheren Zusammenarbeit der Regierungsparteien in Form einer Koalitionsvereinbarung aus der Requisitenkammer hervorgeholt wird. Seit es die Zauberformel gibt, sind derartige Anleihen aus anders strukturierten parlamentarischen Systemen periodisch diskutiert worden. Sie haben zur Etablierung der Regierungsrichtlinien und der Regierungsparteien geführt, die indes im besten Fall als Planungsinstrumente taugen. Aber solange auf der anderen Seite die Vorteile der Referendumsdemokratie und des Wahlsystems für die Artikulation und die Durchsetzung von Gruppeninteressen nicht in Frage gestellt werden, vermögen diese akademischen Diskussionen höchstens vorübergehend die realen politischen Mechanismen zu verschleiern.

Eine andere Ausflucht hat der Generalsekretär der kleinsten Regierungspartei gewählt. Er verwarf — was nicht verwundert — die Gedankenspiele um die Zauberformel, aber er konterte gleich unverfroren mit der Forderung, in der Regierung müssten die Köpfe

rollen, da der Bundesrat in der heutigen Zusammensetzung nicht führfähig sei. Was immer man von dieser Qualifikation halten mag, die entscheidende Frage wird doch wiederum dem Parlament zu stellen sein, wie denn in diesem Land überhaupt geführt werden kann und soll. Es liegt an ihm, das Regierungskollegium zu bestellen, über die fälligen Reformen des Regierungssystems zu entscheiden und vor allem seine eigene Funktionstüchtigkeit zu überprüfen.

Das neu zu bestellende Parlament wird sich nicht allein mit der Wahrnehmung und dem Ausgleich vielfältiger Interessen in Sachfragen aller Art beschäftigen müssen. Es wird vor allem die Führungs- und Handlungsfähigkeit unserer politischen Institutionen angesichts neuer, grosser Herausforderungen zu gewährleisten und zu verbessern haben. Dies sollte am kommenden 19. und 20. Oktober vom Wähler bedacht — und ihm von den die Verantwortung tragenden und suchenden Parteien deutlicher und entschiedener als bisher zu bedenken gegeben werden.

Ulrich Pfister

Rückfall des Bundeshaushaltes in die roten Zahlen

Finanzminister Stich warnt seit Jahren unentwegt und ohne Ermüdungserscheinungen vor einem Rückfall des Bundeshaushaltes in die Defizitzone. Finanzminister haben auf der ganzen Welt die Neigung, den Teufel an die Wand zu malen. Und sie tun dies ja nicht selten mit Berechtigung, weil die Parlamente bei der «Gestaltung» der staatlichen Ausgaben oft einige Mühe

bekunden, klare Prioritäten mit dem Ziel zu setzen, die Haushalte im Gleichgewicht zu halten. Im liberalen Staat der Vergangenheit waren die Vorzeichen im finanzpolitischen Spiel umgekehrt gesetzt: das Parlament war u.a. dazu da, der ausgabenfreudigen Exekutive in Sachen Finanzpolitik auf die Finger zu schauen und — wenn notwendig — auch zu klopfen. Die Verhältnisse

haben sich in dieser Beziehung radikal gewandelt, auch in der Schweiz. Politiker profilieren sich mit Vorliebe über die Ausgabenpolitik der öffentlichen Haushalte. Sie gehen deshalb oft über die Anträge der Regierung hinaus. Selbst die Vertreter des liberalen Gedankenguts haben verschiedentlich demonstriert, dass sie der Versuchung höchstens partiell zu widerstehen vermögen, das Geld anderer Leute mit leichter Hand auszugeben.

Man wird wohl kaum die Behauptung wagen wollen, dass die von Bundesrat Stichs Gnaden inspirierte Finanzpolitik von einer sehr hohen Erleuchtung beflügelt werde, dass sie dynamisch sei und sich an wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Erkenntnissen orientiere. Es ist jedoch kaum in Abrede zu stellen, dass die Schönwetterperiode eines leicht «überschüssigen» Bundeshaushaltes — im internationalen Vergleich ohnehin ein Ausnahmefall — demnächst zu Ende gehen könnte. Mit einiger Sicherheit ist zu vermuten, dass sich dann wieder Stimmen melden werden, die — wie gehabt — den Ausgleich über *höhere Einnahmen* «bewerkstelligen» wollen.

Die Nachkriegszeit hat gelehrt, dass der Souverän durchaus bereit ist, Einnahmenerhöhungen durch ein Anziehen der Steuerschraube zuzustimmen, wenn die Notwendigkeit dazu einsichtig gemacht werden kann. Allerdings ist zuzugeben, dass dieses Kunststück auf dem finanzpolitischen Trapez immer schwieriger wird, weil die Steuerbelastung auch in der Schweiz nicht mehr von Pappe ist und weil neue Steuererhöhungen zufolge der Schieflage in der Verteilung der direkten und indirekten Steuern *«merklicher»* sind als in andern Ländern. Mindestens in dieser Beziehung hat der beklagte Missstand

eines relativ hohen Anteils der direkten Steuern am gesamten Steueraufkommen seine positiven Seiten. In solchen Situationen sehen sich Exekutive und Legislative oft in der Auffassung einig, bei der Verbesserung der Einnahmen nicht den beschwerlichen Weg der Steuererhöhungen zu gehen, sondern den leichteren Pfad einer *Schuldenausweitung* einzuschlagen. Eine Finanzierung des Defizits des Bundeshaushaltes über die Nationalbank darf wohl auch künftig ausgeschlossen werden, weil sie nicht geldmengenneutral ist und damit eine *neue Inflationsquelle* auftun könnte. Nachdem die Schweiz in den vergangenen Jahren ihre stabilitätspolitische Keuschheit verloren hat, wäre es offensichtlich mehr als ein Schildbürgerstreich, wenn sie einen solchen Schritt täte.

Bleibt der *Kapitalmarkt*. Aber auch bei dieser Variante wäre es wenig weise, die Schleusen unbegrenzt zu öffnen. Käme der Bund mit einer massiven Neuverschuldung auf den Markt, so wären entsprechende Rückwirkungen bei den *Zinsen* nicht auszuschliessen. Eine Verschuldungspolitik also, die das hohe Zinsniveau zusätzlich zementieren oder gar noch weiter in die Höhe treiben würde, also auch wechselkurswirksam werden könnte, wäre kaum das Gelbe vom Ei einer der Wirtschaftslage angepassten Finanzpolitik.

Was ist zu tun? *Graf Otto Lambsdorff*, das liberale Gewissen vom Dienst in der finanzpolitischen Szene der Bundesrepublik Deutschland, hat kürzlich daran erinnert, dass sich rote Zahlen in öffentlichen Haushalten auch über die *Straffung der öffentlichen Ausgaben* bekämpfen lassen. Diese Empfehlung darf uneingeschränkt auch an die helvetischen Parlamentarier weitergegeben werden. «Sparhaushalte» sind zwar

nicht unbedingt das beste Instrument, um Popularität zu gewinnen. Aber die schweizerische Finanzpolitik der Nachkriegszeit zeigt doch Perioden, in denen das mit Ächzen und Stöhnen begleitete Ringen um Einsparungen, um einen gezielteren Einsatz der verfügbaren Mittel, durchaus nicht erfolglos sein

muss. Und wer weiss, möglicherweise hat sich auch auf diesem Felde ein Wertewandel dergestalt durchgesetzt, dass Politiker, die auf die Ausgabenbremse treten, die «Basis» zu Beifall auf offener Szene anzureißen vermögen. Ausgeschlossen ist diese Reaktion nicht.

Willy Linder

**Zu jedem Vertrag liefert Ihnen
die «Winterthur» ein ganzes Paket
erstklassiger Dienstleistungen.**



winterthur

Von uns dürfen Sie mehr erwarten.